

# Öffentlichkeit trotz alledem

## Polemischeres Erscheinen und Archivarbeit postdigitaler Proteste

Jan Beuerbach

»Öffentlichkeit ist nichts fest Umrissenes, sondern polemischen Wesens: was einmal nicht öffentlich war, soll es werden.« (Adorno 1990 [1964]: 533)

### 1 Öffentlichkeit trotz alledem ...

Die Frage, ob das Internet als ein Raum politischer Öffentlichkeit gelten kann, ja möglicherweise einen erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit eingeleitet hat, wurde in den letzten 30 Jahren in Schüben und mit wechselnden Vorzeichen immer wieder diskutiert. Das erste Aufkommen der Usenet-Gruppen und *virtual communities* führte in den 90ern aufgrund der neuen Ausdrucks- und Verbindungsmöglichkeiten zu einer euphorischen Bejahung dieser Frage (vgl. Rheingold 1994). Habermas hingegen kritisierte die Zersplitterung der Diskursräume und die Kakophonie der ungefilterten Kommunikationsakte, die nicht mehr in Politik übersetzbar seien (Habermas 2008: 162). Die Rede von Facebook- und Twitter-Revolutionen im Zuge des arabischen Frühlings beschwor das politische und demokratische Potenzial der Social-Media-Plattformen, während heute Schlagwörter wie ›Fake News‹ und ›Hate Speech‹ einen politischen Handlungsdruck zu mehr Regulierung, Zensur und Kontrolle des Internets erzeugen. Die Einsichten in die umfassende Überwachung von Online-Aktivitäten seit den Veröffentlichungen Edward Snowdens sowie die zunehmende Kommerzialisierung und Zentralisierung von Internetdiensten stimmen dabei selbst Netzenthusiasten pessimistisch (vgl. Lobo 12.01.2014).

Die Extreme von Begeisterung und Resignation, von Affirmation und Überforderung leiten sich zumindest teilweise aus dem Fehlschluss ab, digitalen Techno-

Mühlhoff, R.; Breljak, A.; Slaby, J. (Hg.): *Affekt Macht Netz. Auf dem Weg zu einer Sozialtheorie der Digitalen Gesellschaft*. transcript 2019, S. 291-314. DOI: 10.14361/9783839444399-013.

logien wäre diese oder jene gesellschaftliche Entwicklung notwendigerweise eingeschrieben (vgl. Thiel 2014: 220–222). Ein solcher Technikdeterminismus vermisst, dass Technologien selbst in gesellschaftlichen Kontexten stehen und daher stets einer Dual-Use-Problematik unterliegen. Darüber hinaus neigt eine solche Perspektive in der Diskussion über digitale Medien dazu, das Internet als einen eigengesetzlichen Raum zu betrachten, der vom ›realen‹ Geschehen losgelöst sei. Im Folgenden soll stattdessen ein Begriff der politischen Öffentlichkeit skizziert werden, der die neuen Qualitäten digitaler Kommunikationsmöglichkeiten berücksichtigt, ohne in eine Teleologie oder Zwei-Welten-Lehre zu verfallen. Erst vor diesem Hintergrund werden bestimmte Entwicklungen des Internets und Funktionsweisen von Internetplattformen spezifisch problematisch, während es andererseits Umgangsweisen mit Medien gibt, die – *trotz alledem* – subversive, emanzipatorische und politische Potenziale entfalten, was an zeitgenössischen Protesten wie der Occupy-Bewegung oder #BlackLivesMatter abzulesen ist. In diesem Sinne wird der Beitrag unter Rückgriff auf Hannah Arendt, Jacques Rancière und Judith Butler politische Öffentlichkeit als polemisches Erscheinen entwerfen (Kap. 2). Ein so verstandener Protest birgt jedoch die Gefahr, der Aufmerksamkeitsökonomie digitaler Medien anheimzufallen, also entweder marktschreierisch zu agieren oder überhört zu werden (Kap. 3). Als Gegenstrategie wird daher zuletzt eine Archivarbeit des Protests angedeutet, bei der die aktuell verfügbaren Mittel zur Herstellung von Erfahrung angeeignet werden, um eine affektive Spur der Unterdrückungserfahrung im kollektiven Gedächtnis offenzuhalten (Kap. 4).

## 2 Von der deliberativen Öffentlichkeit zum polemischen Erscheinen

Der Begriff der Öffentlichkeit ist in der politischen Theorie nicht bloß ein deskriptiver, sondern birgt selbst in den gemäßigten Ansätzen normative Kriterien zur Bewertung politischer Prozesse. Spätestens mit Kant, der das Öffentliche nicht mehr der Repräsentation der Herrschaft oder dem Amtsgeschäft zuordnet, sondern es in den zivilen Diskurs um relevante Belange verlagert (Kant 1784), wird dem Staatsapparat eine Größe gegenübergestellt, an der sich Legitimität und Effizienz politischer Systeme messen lassen müssen.<sup>1</sup> Öffentliche Kommunikation in verschiedenen Arenen und Medien (von massenmedialen Nachrichten zu Infoblättern der Graswurzelbewegungen, von wissenschaftlichen Kongressen zur politischen Kaffeehauskultur) bündelt sich zu einer öffentlichen Meinung, die mittels institutioneller Verfahren in politische Forderungen und schlussendlich Gesetzgebungen übersetzt werden. Nach diesem deliberativen Modell gelten für den öffentlichen Diskurs Regeln der Rationalität, der Gleichheit sowie »der zwanglose

1 | Die Kriterien der Legitimität und Effizienz stützen sich auf Überlegungen Nancy Frasers, die Habermas' Ansatz klassifiziert und kritisch erweitert (Fraser 2007).

Zwang des besseren Arguments und das Motiv der kooperativen Wahrheitssuche« (Habermas 1995). Ein solches Konsensmodell des Diskurses, das gleichermaßen eine Wahrheitstheorie wie eine politische Theorie formuliert, wurde verschiedentlich herausgefordert: Die konsensuelle Idealkonzeption verpasst die Ausschlüsse und ungleichen Machtbeziehungen, die in öffentlicher Kommunikation gegenüber Minderheiten angelegt sind, sodass von einem gleichen und zwanglosen Austausch nicht die Rede sein kann (Fraser 2007: 9–15). Nun könnte man einerseits versuchen, die deliberativen Kriterien als Bewertungsmaßstäbe anzusehen, woraus sich klarerweise Imperative der Ausweitung des Diskursraums ergeben würden. Agonistische Theorien der Öffentlichkeit hingegen setzen strukturell tiefer an, indem sie nicht den Konsens, sondern den Streit als das Hauptmerkmal des Politischen auszeichnen.<sup>2</sup>

Im agonistischen Modell kann ein Konsens zwar ein wichtiges Zwischenergebnis sein, die Qualität des Politischen bemisst sich aber daran, dass es stets auch unvereinbare Gegenpositionen gibt: *Die* öffentliche Meinung, die hegemonial ist, ist dies notwendigerweise auf Kosten anderer Positionen. Streitbar sind nach diesem Modell nicht nur die Inhalte, sondern auch die Strukturen der Repräsentation der jeweiligen Positionen. Die Frage danach, wie insbesondere subalterne Positionen im je aktuellen Diskurs berücksichtigt werden, wird zum integralen Bestandteil der öffentlichen Auseinandersetzung und gemahnt nicht bloß einer diskursiven Dysfunktion. Für den agonistischen Ansatz stellt die Multiplizierung von Diskursräumen durch das Internet daher kein strukturelles Problem für die Konsensfindung dar. Vielmehr erlauben Internetforen, Blogs und Social-Media-Plattformen die Herausbildung größerer Gegenöffentlichkeiten, die sich unabhängig von klassischen Massenmedien mit redaktionellen Gatekeeper-Funktionen und sogar jenseits territorialer Grenzziehungen herausbilden können.<sup>3</sup>

Wenngleich das agonistische Öffentlichkeitsmodell das deliberative um zentrale Punkte erweitert und gleichermaßen besser die politische Realität abzubilden versteht, geht es über die funktionalistische These, wonach es Gegenöffentlichkeiten in einer Demokratie braucht, nicht hinaus. Es ließe sich daher fragen, was eine solche Hegemonie-Theorie von einem liberalistischen Wettstreit der Ideen qualitativ unterscheidet. Demgegenüber lassen sich möglicherweise weitere Einsichten gewinnen, wenn das Politische von der Versammlung im Protest her konzipiert wird. Der Blick soll sich im Folgenden daher weniger auf die jeweilige Artikulation von Interessen richten, sondern auf den Modus und die Bedingung des Erscheinens als Konstituens von Öffentlichkeit. In dieser Betrachtung werden auch digitale Medien nicht bloß als kompartimentierte Artikulationsorte, sondern

2 | Stichwortgeber für diese Ansätze sind die Arbeiten von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, die sich wiederum auf die Hegemonietheorie Antonio Gramscis stützen.

3 | Dabei macht Dahlberg darauf aufmerksam, dass nicht nur emanzipative Positionen eine Gegenöffentlichkeit bilden können (Dahlberg 2007: 134).

– weniger funktionalistisch – als irreduzible Dimension unserer politischen Wirklichkeit verhandelt.

### Der Erscheinungsraum des Politischen (Arendt)

Vor dem Hintergrund einer Konzeption deliberativer Öffentlichkeit stellt der Protest die Ausnahme dar, aus der sich negativ ableiten lässt, dass das Aufbegehren aus einer mangelnden Vermittlung zwischen Zivilgesellschaft und Staat resultiert: Bürokratie, Lobbyismus, einseitige Maßnahmen, mediale Hegemonie, Klientelpolitik, Korruption oder Ignoranz können auch demokratische Staaten an Bedürfnissen vorbeiregieren lassen, autoritäre Systeme betreiben darüber hinaus die systematische Unterdrückung der öffentlichen Auseinandersetzung. Nach dieser Betrachtungsweise entladen sich im Protest aufgestaute Enttäuschungen; entlang bestimmter Forderungen entwickeln sich Unruhen, Aufstände und Aktionen des zivilen oder gewaltsamen Ungehorsams, um der Empörung über die Verhältnisse Raum zu geben, deren Mitgestaltung auf dem üblichen Verfahrensweg nicht möglich war. Wenngleich es (auch für das Folgende) wichtig ist, das disruptive Moment am Protest zu betonen, gilt es doch gegenüber einer rationalistischen Auffassung zunächst daran zu erinnern, dass im Protest als ziviler Versammlung auch ein konstruktives Moment liegt, das sich zunächst mit Arendts Begriff des Politischen als gemeinsames Handeln einfangen lässt.

Arendt bestimmt die Sphäre des Öffentlichen in zweierlei Hinsicht. Zum einen wird als öffentlich dasjenige bezeichnet, »was vor der Allgemeinheit erscheint, für jedermann sichtbar und hörbar ist« und dem daher »Wirklichkeit zukommt« (Arendt 2015 [1958]: 62). Es steht damit privaten Tätigkeiten, die im Verborgenen ablaufen, entgegen. Handeln und Sprechen – also die beiden Weisen des öffentlichen Erscheinens – gelingen nach Arendt strukturell nur im Modus der Mitteilung: Sie werden *mit* Anderen *geteilt* und fallen daher der Auslegung durch andere anheim. Das In-Erscheinung-Treten vor Anderen setzt also die Vielheit der Anderen notwendigerweise voraus. Die Anderen sind bei Arendt jedoch nicht als homogene Masse gedacht, sondern konstitutiv plural. Vom Prinzip der »Gebürtlichkeit« (ebd.: 217) leitet Arendt ab, dass jede\_r Einzelne aufgrund der jeweiligen Perspektiviertheit und Situiertheit prinzipiell einen Neuanfang bedeutet. Realisiert wird diese Einzigartigkeit in den Tätigkeiten des Handelns und Sprechens, also im Erscheinen vor den (jeweils einzigartigen) Anderen.<sup>4</sup> Öffentlichkeit als Erscheinungsraum ist damit nicht bloß ein funktioneller Bestandteil demokratischer Staaten, sondern erhält hier die weitaus fundamentalere Rolle der Realisierung der jeweiligen Singularität vor Anderen, wobei »die Erschaffung des Menschen als eines Jemands mit der Erschaffung der Freiheit zusammenfällt«

4 | Diese Konzeption des pluralen Wir, das konstitutiv für die Einzelnen ist, wird Nancy später als »singulär plural sein« wieder aufgreifen. Auch hier kommt dem Ausgesetztsein gegenüber Anderen, der Mit-Teilung, eine zentrale Rolle zu (Nancy 2004 [1996]).

(ebd.: 216). Aus dieser Anlage erklärt sich der emphatische Begriff des Politischen bei Arendt, der einzig in der Sphäre der Öffentlichkeit als Raum gemeinsamen Handelns und Sprechens seinen Platz hat.

Die zweite Bedeutungsdimension des Öffentlichen verweist auf die geteilte und gemeinsam bewohnte Welt, was die hergestellte Umgebung (von Institutionen, Räumen, Ordnungen) und die für alle relevanten Belange umfasst. Die Welt der gemeinsamen Dinge und Angelegenheiten, also die sozial ausgestalteten, historisch gewachsenen materiellen wie diskursiven Voraussetzungen jeder Situation, wird von Arendt als ein »Zwischen« (ebd.: 66) konzipiert, das gleichermaßen trennt und verbindet. Nur in Bezug auf dieses Zwischen, das den gemeinsamen Horizont darstellt, ist eine politische Auseinandersetzung möglich. Oder stärker noch: Nur in der gemeinsamen Auseinandersetzung wird die Basis der Auseinandersetzung als eine hergestellte – und damit als prinzipiell veränderbare – zum Thema. Die öffentliche Thematisierung verläuft wiederum multiperspektivisch. Die Welt wird geteilt und ist zugleich umstritten. So lässt sich zumindest negativ aus Arendts Kritik an der »Massengesellschaft« schließen, in welcher »die Welt die Kraft verloren hat, zu versammeln, das heißt zu trennen und zu verbinden« (ebd.: 66). Weil aus Arendts Sicht die moderne Gesellschaft die Sphäre der Öffentlichkeit nicht im emphatisch politischen Sinne als gemeinsames Handeln und Sprechen entwirft, sondern Politik als haushälterische Verwaltung privater Interessen fungiert, wird den Menschen zugleich die Möglichkeit der Realisierung ihrer singulären Eigenständigkeit und die Grundlage für die gemeinsame Gestaltung der Welt entzogen. Die auf diese Weise etablierten Strukturen treten den auf Privatinteressen reduzierten (und damit homogenisierten) Individuen als fremde gegenüber – die Bedingung von politischer Freiheit nach Arendt ist aus ihrer Sicht in modernen Gesellschaften nicht erfüllt.

Einerseits besticht Arendts Ansatz durch eine emphatische Betonung der Öffentlichkeit als einer politischen Sphäre, die nicht einfach institutionalisiert ist, sondern entsteht, »wo immer Menschen handelnd und sprechend miteinander umgehen« (ebd.: 251), also in der *aktiven* Versammlung zum gemeinsamen Austausch. Eine bloße Ansammlung von Menschen realisiert noch keine politische Macht. Und ein einstmals erzeugter politischer Erscheinungsraum hat nicht zwangsläufig auf Dauer bestand, »sondern verschwindet [...], wenn die Tätigkeiten, in denen er entstand, verschwunden oder zum Stillstand gekommen sind« (ebd.: 251). Die politische Öffentlichkeit als Erscheinungsraum wird von Arendt also prozessual und performativ gedacht, was die systematische Verbindung einer Struktur (oder eines Kollektivphänomens) mit der jeweiligen Exponiertheit der Einzelnen erlaubt.

Andererseits jedoch basiert Arendts Konzeption auf einer strikten Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, woraus ein blinder Fleck in der Machttheorie resultiert. So zeigt Juliane Rebentisch, dass mit der Arendt'schen Verbannung aller Interessen in das Private die Sphäre der Öffentlichkeit so modelliert wird, »dass Sprechen und Handeln zu selbstzweckhaften Vollzügen, zu ›reinen Aktualitäten‹

werden, die allein die Einzigartigkeit der Einzelnen enthüllen« (Rebentisch 2012: 366).<sup>5</sup> Die phänomenologische Einsicht in die prinzipielle Exponiertheit der Einzelnen gegenüber den Vielen wird so zu einer problematischen politischen These, in der die Gleichheit der Einzelnen, die interesselos um ihre Vortrefflichkeit streiten, die materiellen Unterschiede in Bezug auf politische Teilhabe verdeckt. Schon die Festlegung der Scheidung des Privaten vom Öffentlichen ist eine politische Entscheidung und setzt Zugangsbedingungen, die in Arendts Modell selbst nicht mehr thematisiert werden können. In der Ausklammerung der Interessen wird die Arendt'sche Theorie der Versammlung zum gegenseitigen Austausch »individualisiert und damit in gewisser Weise depolitisiert« (ebd.: 372).

### Der polemische Bruch und der Anteil der Anteillosen (Rancière)

Zwischen *Vita activa* und Rancières *Das Unvernehmen* liegen fast 40 Jahre, in denen sich die Theoretisierung sozialer und politischer Verhältnisse insbesondere in Frankreich intensiviert hat: Die Debatten des *linguistic turn* erhöhten die Sensibilität für symbolische Strukturen und Ordnungen, während die Macht- und Souveränitätstheorien durch die Arbeiten Althusssers und Foucaults zur Subjektivierung auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Vor diesem Hintergrund kann Rancière an Arendts politischer Theorie des Erscheinens anknüpfen und sie zugleich machttheoretisch erweitern.

Die zentrale begriffliche Verschiebung, die Rancière unternimmt, entwirft die etablierte politische Ordnung (inklusive aller institutionalisierten Verfahren, der statistischen Erfassung politischer Interessen, der Repräsentation von Gruppen und der Strukturierung der Räume) als ein spezifisches Regime der Sichtbarkeit. Er stellt dieses als *Polizei* – im Sinne der »allgemeinen Ordnung« nach einer Begriffsbestimmung des 17. und 18. Jahrhunderts – der *Politik* gegenüber, die als das Aussetzen der allgemeinen Ordnung des Sichtbaren verstanden wird. Mit diesem Konzept von Polizei trägt Rancière dem Umstand Rechnung, dass das Sichtbare (oder der Erscheinungsraum) vorstrukturiert und hierarchisiert ist: Es gibt vor jedem Handeln und Sprechen Reglements, die Machbares und Sagbares ebenso wie Anerkennbares und Hörbares festlegen – also »eine Ordnung der Körper [...], die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind; [...] dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm« (Rancière 2002 [1995]: 41).

In diese polizeiliche Ordnung fällt auch die Unterscheidung, welche Angelegenheiten öffentlich und welche Privatsache sind, also die wesentliche Unterscheidung dessen, was als politisch verhandelbar gilt.<sup>6</sup> Mit wenigen Strichen

5 | Die Ausführungen im folgenden Abschnitt verdanken große Teile den Einsichten Rebentischs.

6 | So sind Arbeitsbedingungen in der kapitalistischen Marktwirtschaft eine Frage der privaten Aushandlung mit dem Arbeitgeber, denn schließlich steht es den Lohnarbeiter\_innen offen, den Job zu wechseln, vgl. Rancières Beispiel (ebd.: 41).

zeichnet sich hier die Weiterentwicklung des Arendt'schen Modells ab, wonach die Unterscheidung öffentlich/privat als ein spezifisches diskursives Resultat und der öffentliche Erscheinungsraum selbst als von Machtbeziehungen durchzogen konzipiert sind. Auch bei Rancière ist das Erscheinen eine fundamentale Kategorie des Politischen; sie wird jedoch machttheoretisch reflektiert.

Der Gefahr, mit einer solchen Konzeption in die Banalität einer Aussage wie ›Alles ist politisch!‹ zu rutschen und damit eine unproduktive Verwischung von Öffentlichem und Privatem, Politischem und Apolitischem zu bewirken, entgeht Rancière (ebd.: 43 f.). Zwar ist alles *potenziell* politisch, die etablierte Ordnung des Sichtbaren verhindert jedoch die tatsächliche Politisierung vieler Belange. Das Politische (oder Demokratie) wird von Rancière daher dezidiert als eine Gegenbewegung entworfen, als konkrete Aussetzung und Unterbrechung der Ordnung, als ein polemisches Erscheinen, das »genau die Opposition zweier Logiken, der polizeilichen Logik der Verteilung der Plätze und der politischen Logik gleichheitlichen Zugs, ins Spiel« (ebd.: 110) bringt. Erst in der konkreten Gegenwehr, die von innerhalb einer etablierten Ordnung subjektivierten Subjekten gegen diese Subjektivierung geleistet wird, indem die Kategorien der polizeilichen Verteilung um des »Anteils der Anteillosen« (ebd.: 109) willen herausgefordert werden, ereignet sich das Politische. Die Gleichheit, die bei Arendt in Bezug auf den Erscheinungsraum problematischerweise vorausgesetzt ist, wird in Rancières Modell Gegenstand der polemischen Forderung in einem ungleich stratifizierten und hierarchisierten Regime der Sichtbarkeit.<sup>7</sup> Gelingt es Protesten, diese Störungen gegen die bestehende Ordnung hervorzubringen und Gleichheit einzufordern, kann man mit Rancière von einem politischen Protest oder einer politischen Versammlung als polemisches Erscheinen sprechen: *Öffentlichkeit trotz alledem* – also eine spezifische politische Öffentlichkeit in Absetzung vom Sichtbarkeitsregime seiner Entstehung, eine Öffentlichkeit aller polizeilichen Verwaltung des Sichtbaren *zum Trotz*.

## Verletzbarkeit und die Performativität von Versammlungen (Butler)

Mit Arendt konnte ein Verständnis davon entwickelt werden, dass politisches Handeln das Handeln vor und mit Vielen bedeutet; dass die Multiperspektivi-

**7** | Der feministische Kampf um das Recht auf Abtreibung oder die Berücksichtigung von Care-Arbeit formuliert also gerade eine politische Forderung nach Gleichheit, die auf dem Feld des – polizeilich so etablierten (und auch von Arendt dem Bereich des Notwendigen zugeschriebenen) – Privaten agiert, beziehungsweise dieses als politisches zuallererst konstituiert. So ist auch Rebentischs abschließende Bemerkung zu verstehen: »Demgegenüber gilt es, heute vielleicht mehr denn je, ein politisches Erscheinen zu verteidigen, das weder mit dem Reich der Freiheit zusammenfällt noch aber das Reich der Notwendigkeit mit ihm verwechselt, sondern bei dem es um die Bedingungen geht, unter denen vom einen ins andere gewechselt werden kann« (Rebentisch 2012: 372 f.).

tät konstitutiv für die politische Öffentlichkeit ist; und dass Multiperspektivität nicht funktionalistisch institutionalisiert werden kann, sondern aufgrund der aktiven Praxis der Auseinandersetzung im Austausch besteht. Rancière erlaubt es, den politischen Erscheinungsraum aus gegebenen Machtbeziehungen heraus zu entwickeln, sodass seine materiellen Zugangsbedingungen selbst Gegenstand des politischen Streits werden. Rancières Konzeption des Politischen als polemisches Erscheinen verbleibt jedoch an dieser Stelle gewissermaßen in einer (hochkomplexen) Strukturbeschreibung und erfordert eine theoretische Rückbindung an konkrete Praktiken konkreter Körper an konkreten Orten – ohne dabei jedoch in eine naive Subjekttheorie zurückzufallen. Judith Butler, die hinsichtlich der Subjektivierungstheorien einen ähnlichen Theoriehintergrund wie Rancière aufweist, entwirft in ihren *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung* und unter Rückgriff auf Arendt eine solche Perspektive.

Auch Butler macht den politischen Erscheinungsraum als das Zwischen, das in der gemeinsamen Praxis entsteht, stark und entwickelt das Konzept an zeitgenössischen Protestphänomenen weiter. An Arendt wird jedoch die strikte begriffliche Aufteilung von Öffentlichkeit und Privatheit kritisiert, da sie den Körper und dessen Vulnerabilität in das Reich des Notwendigen verbannt und damit aus dem Politischen ausschließt. Weil aber gerade die Vulnerabilität (oder Prekarität) von Körpern keine natürliche Tatsache ist, sondern eine soziale, deren Bedingungen in Gesellschaften (und Regionen) ungleich verteilt sind, werden Fragen der Versorgung, der körperlichen Unversehrtheit und des lebbarsten Lebens politisch relevant (Butler 2015: 67). Das Erscheinen ist für viele Gruppen nicht bloß Bedingung der Freiheit – es geschieht häufig als ein gefährliches Ausgesetztsein auf Basis ungleicher Verteilung von Verletzbarkeit: Trans\*-Personen, die sich mit ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit oftmals Repressionen oder gar Gewalt ausgesetzt sehen; Personen mit Migrationshintergrund, die in den Fokus von Racial Profiling geraten oder im öffentlichen Raum von vermeintlich Einheimischen für ihre vermeintliche Fremdheit angegangen werden; Frauen, die in vielen Situationen immer noch mit sexueller Bedrängung und Nötigung rechnen müssen. Dies sind keine Einzelschicksale, sondern Konsequenzen einer Ungleichverteilung und Hierarchisierung von Prekarität, die sich in der Konstitution sozialer Positionen, in Subjektivierungen und in Anerkennungsverhältnissen niederschlägt (ebd.: 38). Vor diesem Hintergrund kann schon das bloße Erscheinen eines Körpers in einer gesellschaftlich ungewohnten Weise ein disruptives und politisches Erscheinen sein, das die bisherigen Praktiken in Frage stellt – auch und gerade dann, wenn dies bedeutet, *sich auszusetzen* (Dora Richter, die als Trans\*-Person mehrfach wegen Travestie in der Öffentlichkeit eingesperrt wird, bis ihr Arzt, der für seine Forschung öffentlich angegriffene Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld, für sie eine polizeiliche Erlaubnis, Frauenkleider zu tragen, erstreitet und ihre Geschlechtsangleichung vollzieht; die schwarze Bürgerrechtlerin Rosa Parks, die sich im für Weiße reservierten Abschnitt des Busses niederlässt; Kath-

rine Switzer, die als erste Frau bei einem Marathon mitläuft und von Renndirektor Jock Semple, der ihr die Startnummer entreißen will, verfolgt wird).

Mit diesen basalen Überlegungen zum Verhältnis von Politik, Erscheinung und Körper lässt sich das Phänomen Protest neu bestimmen. Das In-Erscheinung-Treten im Protest ist ein öffentliches Sich-Aussetzen gegenüber den Repressionen der Ordnung und zugleich eine Kritik der ungleichen Verteilung von Vulnerabilität innerhalb der Ordnung, die – wie bei Rancière – in diesem polemischen Akt verschoben wird:

»This kind of plural performativity does not simply seek to establish the place of those previously discounted and actively precarious within an existing sphere of appearance. Rather, it seeks to produce a rift within the sphere of appearance, exposing the contradiction by which its claim to universality is posited and nullified« (ebd.: 50).

Proteste verfolgen zwar jeweils konkrete Interessen – in ihrer Qualität als öffentliches In-Erscheinung-Treten wird jedoch zugleich eine Forderung nach Gleichheit laut, »making a set of claims about the right to be recognized and to be accorded a livable life, but [...] also [...] laying claim to the public sphere« (ebd.: 51).<sup>8</sup> Lokale Kontexte verhandeln diese grundsätzlichen Fragen jeweils spezifisch: *Occupy Gezi/Taksim* entwickelte sich von einem Streit über die Gentrifizierung Istanbul zu einem generellen Protest gegen zunehmenden Autoritarismus in der Türkei; das globalisierungskritische Bündnis *Blockupy Frankfurt* nahm die unsoziale Austeritätspolitik, die in der EU als alternativlose Eindämmung der sogenannten Euro-Krise betrieben wurde, zum Anlass der Besetzung öffentlicher Plätze; die Proteste in Ägypten, die sich im Zeltlager auf dem Tahrir-Platz verdichteten, richteten sich gegen Staatschef Mubarak, das *Hong Kong Umbrella Movement* gegen Chinas Einfluss auf die autonome Region und der Rothschild-Boulevard in Tel Aviv wurde wegen zu hoher Lebenshaltungskosten, mangelndem Wohnraum und sozialer Ungleichheit zur Zeltstadt umfunktioniert.

All diesen Bewegungen ist bei lokaler Spezifik gemein, dass sie ihre Forderungen im gemeinsamen Handeln in die Öffentlichkeit tragen und damit den formal öffentlichen Raum der Straßen und Plätze zum politischen Erscheinungsraum transformieren (Butler 2015: 71). Dies geschieht in einer Weise, die die Unterscheidung von Öffentlichem und Privatem unterläuft. Plötzlich wird auf offener Straße geschlafen, gekocht, diskutiert und gelehrt – gerade weil die private Versorgung mit Notwendigem (im Sinne Arendts) nicht funktioniert. Aus alltäglichen Durchgangsräumen werden belebte Räume des Austausches, der geteilten Erfahrung und der gemeinsamen Tätigkeit, losgelöst von der kodifizierten Ordnung des vormaligen Regimes der Sichtbarkeit. Für Butler ist die Performativität dieser Protes-

**8** | Dabei ist der Körper eine irreduzible Bedingung: »If you appear as a body on the street, you help to make the claim that emerges from that plural set of bodies, amassing and persisting there« (ebd.: 58).

te »not only speech, but the demands of bodily action, gesture, movement, congregation, persistence, and exposure to possible violence« (ebd.: 75). Denn mit der Gefahr, dass das Protestcamp jederzeit geräumt werden kann (und darüber hinaus auch innerhalb von Zeltlagern Gewalt entstehen kann), wird selbst der triviale Akt des Schlafens ein politischer. In gewisser Weise findet sich hier das realisiert, was Arendt auch für die Öffentlichkeit der Polis formuliert: »Den schützenden Bereich von Hof und Haus zu verlassen [...] erforderte Mut [...] und nur diejenigen, die ihn besaßen, konnten in eine Gemeinschaft aufgenommen werden, deren Zweck und Inhalt politisch waren [...]« (Arendt 2015 [1958]: 46). Mit Butler jedoch lässt sich sagen, dass dieser Mut, sich der Öffentlichkeit auszusetzen, nicht auf Basis der Befriedigung aller Notwendigkeiten im Privaten geschieht, sondern gerade umgekehrt als Resultat und Mobilisierung ungleich verteilter Prekarität.

### Statt-finden: Verräumlichung postdigitaler Proteste

Die Rückführung auf die körperliche Dimension von Protest ermöglicht nicht nur, den Einsatz des Aussetzens besser zu bestimmen, sondern das Angewiesensein der Körper auf andere Körper und auf Infrastruktur als ihre notwendige Bedingung zu berücksichtigen. Vulnerabilität heißt für Butler immer auch: konstitutive Abhängigkeit eines Körpers von anderen Körpern und Dingen – kein Körper ist autark und selbstgenügsam. Ganz grundsätzlich ermöglicht dieses Theorem innerhalb einer postsouveränen Subjekttheorie und einer politischen Theorie des Erscheinens eine Thematisierung materieller Grundlagen. Das ist besonders für das Nachdenken über die Bedeutung digitaler Medien für den Protest (und das Politische des Digitalen) hilfreich.

Es zeigte sich, dass der politische Erscheinungsraum ein Raum ist, der durch die jeweiligen Praktiken des Protests zu einem solchen gemacht wird. Er ist gewissermaßen von den architektonischen, symbolischen und rechtlichen Gegebenheiten abhängig, doch werden diese Gegebenheiten im Protest angeeignet und umgewidmet.<sup>9</sup> Diese lokalen Bedingungen des Erscheinens verschränkt Butler mit den medialen. Medien berichten nicht bloß über Proteste, sondern sind integraler Teil des Aktionsgeflechts einer Protestsituation, deren Sichtbarkeit sie mitbestimmen. »Put differently, the media constitutes the scene in a time and place that includes and exceeds its local instantiation« (Butler 2015: 91). Das Lokale des Protests konstituiert sich demnach innerhalb der medial vermittelten globalen Nachrichtenströme als Lokales (in Differenz zu anderen Orten). Durch Berichterstattungen in Zeitungen, Live-Übertragungen im Fernsehen, aber auch und immer häufiger durch Aufnahmen von Smartphones, die gepostet werden,

9 | Der bis hierhin skizzierten Politik des polemischen Erscheinens liegt also ein Raumbegriff zugrunde, der seit dem *spatial turn* und den Schriften Henri Lefebvres in den Kultur- und Sozialwissenschaften wichtig geworden ist und die soziale Produktion von Raum ins Zentrum stellt (vgl. Lefebvre 2000 sowie Bachmann-Medick 2010: 284–328).

durch Tweets, YouTube-Videos und Facebook- oder Instagram-Einträge erweitert sich die Reichweite des Erscheinens und damit zugleich die Kontaktfläche des Ausgesetztseins. Die (scheinbar) banale Aussage, dass ein Protest nicht stattfindet, der nicht gehört oder gesehen wird, erhält innerhalb einer politischen Theorie polemischen Erscheinens eine konstitutive Bedeutung. Betont wird die Rolle der Infrastruktur des Erscheinens, also der materiellen wie medialen Voraussetzungen des Protests.

Was sagt uns das über das Internet und die neuen Qualitäten digitaler Medien? Zunächst einmal können zwei naive Vorstellungen des Internets zurückgewiesen werden, die immer noch gerne bemüht werden.

1) Das Internet ist keine Struktur, die gänzlich enträumlicht oder deterritorialisiert wäre. Auch wenn die Prinzipien der Dezentralität und Redundanz Grundbausteine der aktuellen Internetarchitektur sind und Datenströme nationale Grenzen überschreiten, sind Server und Services, Firmenzentralen und Endgeräte jeweils an konkrete Orte rückgebunden, die innerhalb bestimmter Rechtsräume liegen. Das wird umso deutlicher, wenn Staaten wie China, Iran oder Türkei die temporäre oder vollständige Abschottung des Internets durchsetzen. Aktivist\_innen, die aus dem Protest heraus filmen, sind lokalisierbar und damit immer noch »bodies on the street [...] holding the camera or the cell phone, face-to-face with those they oppose, unprotected, injurable, injured, persistent if not insurgent« (ebd.: 92). Und auch Kommentator\_innen, die vom Heimrechner aus mit dem Protest interagieren, können aufgrund geteilter Videos oder kritischer Beiträge in polizeiliche Verfolgung geraten (wie zum Beispiel die staatlichen Gegenreaktionen auf die sogenannten »Facebook-Revolutionen« in der arabischen Welt gezeigt haben).

2) Aber auch die »Zwei-Welten-Lehre« des Internets kann dank der hier verfolgten Argumentationslinie *ad acta* gelegt werden. Der »Cyberspace« ist keine virtuelle Welt als das Andere der Realität, in der es eigengesetzliche und losgelöste Interaktionen gäbe, die mit dem »echten« Leben nichts zu tun hätten. Vielmehr muss von einer permanenten Koproduktion von On- und Offline-Räumen gesprochen werden, die gleichermaßen Bestandteil alltäglicher Lebenswelten und Praktiken sind (Beuerbach 2018: 115–119). So lässt sich der online geführte Diskurs auf Social-Media-Plattformen genauso als Aneignung von (Kommunikations-)Räumen und Infrastrukturen begreifen (vgl. Drücke 2013; Wimmer 2014) wie das Aufschlagen von Zelten auf dem Zentralplatz der Stadt. Ebenso bedingen Diskussionen im Netz oder online geteilte Informationen und Symbole die Ausgestaltung der Protesträume zwischen Beton, wie auch das Wirken auf der Straße die Debatten im Netz weiter stimuliert. Die qualitative Neuerung von Web 2.0-Anwendungen gegenüber statischen Webseiten, für alle User – zumindest teilweise – gestaltbar zu sein, und die ubiquitäre Verteilung mobiler Sende- und Empfangsgeräte ebenen die Unterscheidung digital/analog oder Netz/Straße hinsichtlich der Theorie der Raumproduktion und des polemischen Erscheinens ein. Postdigitaler Protest findet immer *zugleich* online und offline statt, macht sich *zugleich* digitale und

analoge Strategien und Infrastrukturen zu Nutze, ist *gleichermaßen* auf alle Kanäle angewiesen, um zu erscheinen. Das Digitale ist eine irreduzible Dimension unserer Lebenswelt<sup>10</sup> und damit integraler Bestandteil politischen Protests (ob für die Koordination von Aktionen, Verbreitung von Standpunkten und Solidaritätsbekundungen; oder für Funkzellenabfragen, Überwachung von Onlinekommunikation, stille SMS und polizeiliche Metadatenanalysen).<sup>11</sup>

Geradezu paradigmatisch kann die Verwobenheit digitaler und analoger Strategien wie auch von Körpern und Infrastrukturen am Protestcamp des *Umbrella Movement* in Hongkong nachvollzogen werden, das sich gegen die Einflussnahme Chinas auf die (noch) autonome Zone Hongkong ausspricht. Die Zeltstadt wurde für mehrere Wochen (von September bis Dezember 2014) in *Admiralty* errichtet, einem Viertel des Hongkonger Distrikts *Central and Western*, in dem »große Bankfilialen, Einkaufszentren, aber auch die wichtigsten Regierungsgebäude und [...] das Hauptquartier der chinesischen Volksbefreiungsarmee« (Godehardt 2017: 54)<sup>12</sup> an zentralen Verkehrsadern liegen. Durch die Besetzung dieser exklusiven und dem geschäftlichen Verkehr vorbehaltenen Zone wurde ein Durchgangsort zu einer belebten Stadt in der Stadt, mit Küchen, Diskussionszentren, Urban Gardening, Kunstausstellungen, Schlafplätzen und sogar Schulen. Die Herausbildung dieser neuen Infrastruktur bezog die Körper des Protests nicht nur aufeinander, sondern wies entlang der Versorgungsketten bis in die Privaträume verschiedenster Unterstützer\_innen im Großraum Hongkong, die einkauften, kochten, bastelten, schrieben, spendeten. Eine mediale Besonderheit des Protestcamps stellte die *Lennon Wall* dar (siehe Abbildung 1), eine über und über mit Post-its beklebte Treppe, die zuvor lediglich dem Zugang zum Regierungsgebäude gegolten hatte. Auf den Post-its wurden die Forderungen und Leiderfahrungen der Protestler\_innen formuliert – auf Papier, weil man um die chinesischen Überwachungsmöglichkeiten im Internet wusste, und doch als Simulation der heutigen Praxis des Online-Postens. Zugleich konnten mittels der von Künstlern programmierten

**10** | Die Verschränkung von digitalen und analogen Räumen, das Zugleich aller möglichen alltäglichen Praktiken und computerbasierter Berechnungen sowie die materiellen wie technischen Bedingungen der zeitgenössischen Lebenswelt bekommt Benjamin Bratton sehr eindrücklich und komplex in seinem *layer*-Modell zu fassen (Bratton 2015).

**11** | Aus diesem Grund sind die verschiedenen Occupy-Proteste aus meiner Sicht exemplarischer für Protest in der digitalisierten Gesellschaft, als die – für sich genommen dennoch untersuchenswerten – Spezialfälle digitalen zivilen Ungehorsams wie DDoS-Attacken, Whistleblowing und Hacktivism (vgl. Scheuerman 2016). Oft wird in diesen Spezialfällen die Zwei-Welten-Ansicht des Internets implizit mitgetragen.

**12** | Diesem Aufsatz und den anregenden Gesprächen mit der Autorin verdanke ich wesentliche Einblicke in die Spezifitäten und Implikationen des Protests der Regenschirmbewegung sowie den Anstoß zur Beschäftigung mit dem Problemkontext Raum-Digitale Medien-Protest. Meine Mitarbeit am Projekt *Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik.* war der Ausgangspunkt für die Entwicklung der vorliegenden theoretischen Überlegungen.



Abbildung 1: Ansicht der Lennon Wall, einem zentralen Ort des Protestraums während der Besetzung des Hongkonger Admiralty-Platzes durch das Umbrella Movement. Die interaktive Projektion »Stand By You: Add Oil Machine« der Künstler Sampson Wong & Jason Lam prangt über tausenden von Post-it-Nachrichten. Foto: © Becky Sun, mit freundlicher Genehmigung.

Installation »Stand By You: Add Oil Machine« von überall auf der Welt Solidaritätsbekundungen auf die Wand projiziert werden, womit die analoge Situation mit dem Netz und damit mit dem Rest der Welt verbunden war.

Wenn wir (mit Arendt) das Politische im Erscheinungsraum zwischen den Vielen verorten wollen, als Praxis des multiperspektivischen öffentlichen Austauschs; wenn wir (mit Rancière) dieses Erscheinen als ein Polemisches begreifen wollen, das die bisherige Ordnung des Sichtbaren unterbricht, um eine erneute Forderung nach Gleichheit zu formulieren; und wenn wir (mit Butler) den Protest als Performanz von Vulnerabilität entwerfen wollen, sein Erscheinen als Ausgesetztsein also an materielle Voraussetzungen und Infrastrukturen rückbinden, die politische Subjekte konstituieren und dennoch angeeignet werden können – erhalten wir eine postdigitale Perspektive auf das Internet und eine verräumlichende Theorie politischen Erscheinens: Protest findet Statt – *trotz alledem* – und entlang verschiedenster Trajektorien.

### 3 Zwischenruf: Internet und Spektakel

Aber Moment! – so wird wohl die ein oder andere Leser\_in einwerfen – gehen Sie mit einer Theorie des politischen Erscheinens nicht der Realität des Bestehenden beinahe schon nachlässig naiv auf den Leim? Ist nicht die Verlagerung des Politischen in die Dimension des Erscheinens gerade das Problem, das postdemokratische Gesellschaften am nachhaltigsten heimsucht? Hat denn nicht Debord das Spektakel so charakterisiert, dass es sagt: »Was erscheint, das ist gut; was gut ist, das erscheint« (Debord 1996 [1967]: 17)? Wenn nun das Politische vom Erscheinen her gedacht wird, zwingt man dann nicht den Protest in dieselbe Aufmerksamkeitsspirale, die mit den neuen Medien nicht nur schneller, sondern auch schriller und beliebiger geworden ist? Ein Großteil der Internetkommunikation findet innerhalb von Plattformen von Konzernen statt, deren Geschäftsmodell in der Aktivierung der Nutzer\_innen besteht, um werberelevante Informationen zu generieren sowie selbst Werbeflächen anzubieten. Das Liken und Teilen von Tweets, Facebook- und Instagram-Posts oder YouTube-Videos zahlt immer auch in die Kasse der jeweiligen Dienstleister ein und ist schon deshalb von der Besetzung öffentlicher Plätze zu unterscheiden, weil diese öffentliche Güter, Online-Plattformen jedoch Räume in privater Hand sind. Darüber hinaus haben die neuen Medien vor allem diejenige Tendenz der klassischen Massenmedien Zeitung, Radio und Fernsehen verstärkt, die das Marktschreierische und Aufmerksamkeitsheischende betont, denn wo bislang Einschaltquoten und Auflagenhöhe maßgeblich waren (für verkaufte Einheiten und mit Blick auf Anzeigekunden), entscheiden nun Klickzahlen und Kommentierungen über den Erfolg einer Nachricht. Der Politikbetrieb passt sich dieser Situation an und so wird die mittlerweile gewohnte Inszenierung von politischem Streit in den Polit-Talks der Fernsehsender um markige Sprüche und Skandälchen erweitert, die in ihrer Knappheit darauf ausgelegt sind, sich in sozialen Medien zu vervielfältigen. Woche für Woche jagen sich die News und Brennpunkte, sodass das Agenda Setting zu einem Spießrutenlauf wird, bei dem die Politik immer auch mit der Unterhaltungsindustrie konkurriert. Muss nicht, wer in derselben Arena antritt wie Katzenvideos, Teenager-Mutproben, Donald Trump, Superhits, virale Werbungen und Memes, ebenso eskalativ wie enthemmt kommunizieren, um wahrgenommen zu werden? Ist nicht Empörung eine der stabilsten Devisen in einer spektakulären Kommodifizierung von Affekten? Kurzum, führt eine politische Theorie des polemischen Erscheinens nicht zwangsweise in die Produktion von effektvollen Bildern (angezündete Autos und Barrikaden!), in die Vorhölle der brandaktuellen Live-Schaltung? Und erklärt sich nicht zuletzt daraus die Schaltheit von Internetaktivismus, der spontane Erregungen mit einem Klick befriedigt, um sogleich zum *slacktivism* zu verkümmern, weil schon nächste Woche ein neuer Hashtag trenden wird?

## 4 Archivarbeit der Proteste

»[...] weaving is for oppositional cyborgs.«  
(Haraway 2013 [1985]: 170)

### Erfahrung in der Herstellung von Erfahrung

Ein Kritikpunkt an dem Modell, Protest gleichermaßen von seinem Erscheinen wie von der mobilisierten Vulnerabilität der Körper des Protests her zu denken, wäre nach diesem Einwurf also die Anfälligkeit des Protests durch die Logik der medialen Aufmerksamkeitsökonomie. Da Medien in dem hier entworfenen Modell konstitutiv sind, zielt die Kritik auf das konzeptuelle Fundament des Ansatzes, ist jedoch selbst nicht begrifflich, sondern leitet sich von einer – wie wir sehen werden – einseitigen Analyse des Bestehenden her. Sie kann deshalb höchstens die praktische Ausgestaltung von Proteststrategien treffen.

Einigermaßen naiv wäre die komplette Ablehnung eines bestimmten Mediums, wonach es sich – als Medium – *per se* nicht für die Entstehung und Vermittlung politischer Inhalte eignen würde, denn vom Manifest zur Rede, von der Karikatur zum Tweet, vom Roman zum Film oder von der Photographie zum Protestlied konnte wohl jedwedes Medium mal im politischen Sinne genutzt werden. Die Kritik richtet sich also auf bestimmte Mediendispositive und ihre konkrete Ausgestaltung wie den Zeitungsmarkt, staatlich vergebene Senderechte im öffentlichen und privaten Radio und im Fernsehen oder privatwirtschaftlich aufgesetzte Social-Media-Plattformen mit ihrer Einbettung in einen Markt für Nutzerdaten. Hier könnten neben den wirtschaftlichen Grundstrukturen des jeweiligen Dispositivs vor allem die Gatekeeper-Funktionen kritisiert werden, die in klassischen Massenmedien von relativ wenigen Stellen ausgeübt werden (und in autoritären Staaten der Zensur unterliegen). Demgegenüber bietet das Internet eine Reihe von Medien und Kommunikationsräumen, die auch den Nutzer\_innen die Sendefunktion ermöglicht. Bereits bei den klassischen Usenet-Gruppen und Foren steht die Beteiligung und der Austausch untereinander im Vordergrund, was schließlich in Web 2.0-Anwendungen zur dominanten Praxis wird. Diese Diversifizierung von Kanälen schlägt auch auf die alten Massenmedien zurück, die das Netzgeschehen kommentieren. Daher bleibt zu kritisieren, dass sich Onlinekommunikation mittlerweile auf wenige kommerzielle Angebote reduziert hat. Aber auch hier wäre ein Argument, das das Stattfinden von Protest auf kommerziellen Plattformen ausschliesse, zu einseitig: Selbst innerhalb dieser Infrastrukturen ereignen sich Kommunikationsakte, die für das politische Erscheinen des Protests förderlich sind (ganz davon abgesehen, dass es nach wie vor noch eine Reihe alternativer Software- und Webangebote gibt, die eine Nutzung des Internets fernab von kommerziellen Plattformen ermöglichen, selbst wenn die Kommerzialisierung des

Netzes eine kritikwürdige Tendenz<sup>13</sup> darstellt). Die #BlackLivesMatter-Bewegung hat nicht zuletzt durch die Kommunikation auf den kommerziellen Plattformen Twitter, YouTube und Facebook Fahrt aufgenommen (Thimm 2017).

In diesem Zuge ist es interessant, dass Habermas die Herausbildung einer bürgerlichen Öffentlichkeit teilweise der Entstehung der Presse zuschreibt, die historisch auf das steigende Informationsbedürfnis antwortet, das der zunehmende (und zunehmend vernetzte) Handel des merkantilistischen Kapitalismus entwickelt (Habermas 1990 [1961]: 77 f.). Ohne einem Determinismus zu verfallen, kann man hierin trotzdem eine marxistische These angedeutet sehen, wonach auf dem Rücken systemischer Entwicklungen auch – oder sagen wir ruhig: *trotz alledem* – neue Potenziale des Widerstands entstehen können.

Gerade diesem Umstand aber wird das hier skizzierte Modell des polemischen Erscheinens (mit Butler) gerecht: Weil Infrastruktur (und auch mediale Infrastruktur) konstitutives Moment ist, kann Protest nur auf Basis dieser – immer auch vermachteten – Infrastruktur entstehen. Und mehr noch: In der prekären Nutzung der korruptierten Infrastruktur wird die politische Dimension einer Monopolisierung von Kommunikationsräumen als Enteignung des Gemeinsamen bewusst und als solche mitverhandelt (Butler 2015: 126). Da das Digitale eine irreduzible Dimension unserer Wirklichkeit ist, sollte Protest nicht nur mit sozialen Medien und dem Internet umgehen können, um zu erscheinen. Er müsste zugleich auch die neuen technischen Möglichkeiten der Überwachung reflektieren und netzpolitisch eine demokratischere Ausgestaltung der Kommunikationsinfrastruktur fordern – zusätzlich zu den jeweiligen thematischen Forderungen. »The possibility of doing that, however, depends upon the performative efficacy of creating a political space from existing infrastructural conditions« (ebd.: 126).

Das Potenzial der Aneignung von Kommunikationsräumen ist – für progressive wie für regressive Kräfte – enorm gestiegen. Ein Teil der empfundenen Überforderung, die mit Troll-Armeen, Social Bots, Desinformation und der Beschleunigung des Informationsaustauschs einhergeht, hängt mit einer Vervielfältigung der Möglichkeiten und Stimmen zusammen, die an vielen Stellen noch kaum kanonisiert oder für deren Handhabung kaum praktische Normen entwickelt wurden.<sup>14</sup> Statt aber einen Verfall der Öffentlichkeit durch das Internet heraufzubeschwören, sollte gerade die Ausgestaltung neuer Kommunikationsinfrastruk-

**13** | Eine Tendenz, die übrigens schon in den 90ern vom Internet-Enthusiasten Rheingold festgestellt wurde: »Dass sie viel leichter vermarktet als erklärt werden kann, ist die größte Schwäche der Idee von elektronischer Demokratie. Die Kommerzialisierung und Konsumorientierung des öffentlichen Diskurses ist nur eines der gravierenden Probleme, vor das uns die immer ausgefilterten Kommunikationsmedien stellen« (Rheingold 1994: 350).

**14** | Vgl. dazu (Esposito 2000), die sehr konzise und unaufgeregt den Strukturwandel von Text- und Subjektmodell von der Antike über die Moderne zur Postmoderne nachzeichnet, und die Schwierigkeit telematischer Kommunikation beschreibt, wonach ebenso die Texte wie die Subjektivitäten beweglich sind.

turen politisch umkämpft werden. Diese Notwendigkeit wird durch eine politische Theorie des polemischen Erscheinens unterstrichen. Neben der Nutzung bestehender Plattformen kommt es hier auch auf deren *Umnutzung* an. Dafür ist eine eingehende Analyse bestehender Kommunikationsinfrastruktur, die so fundamental an der Konstitution des Regimes der Sichtbarkeit beteiligt ist, unerlässlich.<sup>15</sup>

## Reinszenierung der Gleichheit und das Weben von Geschichten

So wichtig der Verweis auf die ökonomischen Verhältnisse digitaler Infrastrukturen ist, er spricht nicht gegen, sondern für die in Kapitel 2 entwickelte Perspektive, lässt diese doch die Forderung nach einer kritischen Beschäftigung mit den medialen Voraussetzungen unserer Lebenswelt deutlich hervortreten. Man kann aber den Einwurf in Kapitel 3 auch als ein Angriff auf die begriffliche Struktur des Modells polemischen Erscheinens verstehen: Rancière konzipiert das Politische als Einbruch in die Ordnung, als disruptives Ereignis. Auch Butlers Performativitätstheorie scheint in der Rekursion auf den jeweiligen Akt des Protests gefangen zu sein, sodass sich der Eindruck einschleicht, dass aus der situativen Öffnung nichts weiter folgt. Dies wiederum weist Ähnlichkeiten mit der Zeitlogik des permanenten (und belanglosen) Up-to-date-Seins auf, die das Mediengeschehen heute dominiert. Ist ein solches Erscheinen in seiner Disruption also notwendigerweise spektakulär?

Um auf diesen Kritikpunkt adäquat antworten zu können, müsste nun neben der Raumtheorie auch die Zeittheorie differenztheoretischer postsouveräner Subjektivität genauer expliziert werden, die bei Butler und Rancière mindestens implizit vorliegt. Verkürzend könnte man auf Derridas Diktum der unmöglichen Möglichkeit, vom Ereignis zu sprechen (Derrida 2003), verweisen, wonach das Hier und Jetzt als momenthaftes akutes Ereignis nicht fassbar ist. Nur in Sprache (beziehungsweise Schrift im weitesten Sinne) zugänglich, ist es lediglich als zu erinnerndes Ereignis *wiederholbar* – ein Umstand, der den Ereignischarakter unterläuft, wenngleich sich die Erinnerung vom Ereignis her bestimmt. Butlers Performativitätstheorie und Rancières Politikverständnis, die auf Derridas Einsichten beruhen, dürfen deshalb nicht als Feier des Moments oder Apologie einer permanenten Gegenwart missverstanden werden.<sup>16</sup> Innerhalb dieser Theorietradition werden stattdessen Begriffe wie das Erbe, die Trauerarbeit oder das Archiv

**15** | Diese Forderung nach einer kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit den materiellen Bedingungen, technischen Funktionalitäten und psychischen Wirkungsweisen der öffentlichkeitskonstituierenden Medien haben schon (Negt und Kluge 1972) formuliert und als »Erfahrung in der Herstellung von Erfahrung« (ebd.: 27) bezeichnet.

**16** | Vgl. dazu die Kritik Eckhard Schumachers an Peggy Phelans Performance-Begriff, die die Performance wieder im Sinne einer Präsenz und authentischen Erfahrung versteht und gegen die Erinnerung ausspielt (Schumacher 2002: 393 ff.).

bedeutsam<sup>17</sup> – Konzepte, die sowohl epistemologisch als auch geschichtsphilosophisch gehaltvoll sind. Den Protest verräumen hieße zugleich, ihn zu verzeitlichen: Um polemisch zu erscheinen, wäre ein Bruch mit dem Regime der Sichtbarkeit nötig. Um als Bruch zu erscheinen jedoch, wäre dieses disruptive Ereignis erinnernd zu wiederholen. Der Protest ist nicht nur eine Aneignung des Raumes – er ist ebenso sehr eine (historische) Intervention innerhalb des kulturellen Gedächtnis.

Rancière hat in einem Aufsatz, der als Vorarbeit zu seinem Hauptwerk *Das Unvernehmen* gelten kann, das polemische Erscheinen ebenfalls in die Zeitlichkeit des wiederholenden Aufschubs gestellt. Die revolutionäre Forderung nach Gleichheit ist vor dem Hintergrund der bestehenden Verhältnisse eine kontrafaktische Behauptung, eine »Künstlichkeit« (Rancière 1994 [1990]: 126), die mit der bestehenden Ordnung des Sichtbaren, der Aufteilung der sozialen Positionen bricht. »Aus der kommunitären Erfindung ergibt sich eine bestimmte Zahl von Wirkungen, die sich in das Gewebe des Gesellschaftlichen einschreiben« (ebd.: 128) und daher Bezugspunkte für weitere Proteste, für weitere politische Arbeit bilden. So verklammert Rancière das disruptive Moment der Öffnung der Ordnung, das im gemeinsamen Akt polemischer Öffentlichkeit performat wird, mit der notwendigerweise an Wiederholung gebundenen Praxis des Protests (und des Verstehens von Protest). Das Ereignis der Disruption kann immer nur reinszeniert werden, »der polemische Ort einer Gemeinschaft ist selbst nur möglich durch die Rückprojektion der egalitären Voraussetzung hinter sie selbst« (ebd.: 124). »Diese Inszenierung stützt sich nicht auf eine feste Grundlage, sie beruft sich auf ein *es hat gegeben*, das immer auf ein weiteres *es hat gegeben* verweist« (ebd.: 128).

Mit dieser anspruchsvollen Konstruktion lässt sich der Protest anders beschreiben. Zentral ist nun weniger das spektakuläre Aufbegehren der Massen, sondern die solidarischen Verknüpfungen zwischen den Körpern, die sich innerhalb der Protestpraxis herausbilden.

»In short, what some would call ›horizontal relations‹ among the protestors formed easily and methodically [...]. So the social form of the resistance began to incorporate principles of equality that governed [...] how people cared for their various quarters within the square, the beds on the pavement, the makeshift medical stations and bathrooms, the places where people ate, and the places where people were exposed to violence from the outside« (Butler 2015: 89).

Die Stiftung neuer sozialer Beziehungen ist dabei verbunden mit Kommunikationsakten und einer enormen kulturellen Produktion von Symbolen, Zeichen, Forderungen, Sinn. Das gemeinsame Handeln und Sprechen im polemischen

**17** | Vgl. dazu beispielsweise (Derrida 2004; Derrida 1997; Derrida und Roudinesco 2006: 11–40; Derrida und Stiegler 2006).

Erscheinen bildet einen Erfahrungshorizont, der auch nach der Auflösung des konkreten Protestcamps erinnert werden kann. Auch die Kunstwerke und Installationen, die im Laufe der Besetzung von *Admiralty* in Hongkong entstanden sind, wurden gesammelt und aufbewahrt durch *The Umbrella Movement Visual Archive and Research Collective* und *Umbrella Movement Art Preservation*, die auch nach dem Protest Ausstellungen organisierten.<sup>18</sup> Die Botschaften der *Lennon Wall* – selbst ja schon ein historischer Verweis auf die Prager *Lennon Wall*, die nach John Lennons Tod 1980 zunächst zu seinem Gedenken, in der Folge immer stärker auch als Ausdruck des Protests gegen die kommunistische Herrschaft Gustáv Husáks bemalt wurde – sind in zahlreichen Fotografien festgehalten worden und werden online wie offline neu zusammengesetzt.<sup>19</sup> Es entstehen zivilgesellschaftliche Archive und Verweissysteme, die für weitere Proteste und Diskussionen Anknüpfungspunkte erzeugen, wobei die Streuung der Eindrücke durch soziale Medien die Zahl möglicher Anschlüsse erhöht. Neben dieser Archivarbeit im engeren Sinne können auch die Erinnerungen und Beziehungen der Protestbeteiligten, von denen viele zum ersten Mal politisch involviert waren, als Anschlüsse für weitere Aktionen betrachtet werden. Die Erfahrungen von Solidarität, Unterstützung und Widerstand werden in Tweets und Facebook-Posts ebenso erinnert wie in Ausstellungen von Protestkunst oder der im Freundeskreis geteilten Erzählung einer Oma, die ihren Enkeln ein Lunchpaket für den Protesttag zurechtgemacht hatte.<sup>20</sup>

In einer ganz fundamentalen (weil begrifflichen) Weise ist der Protest daher mit einer Arbeit am Archiv verbunden. Sie erfordert einen kritischen und reflektierten Umgang mit den selbst- und fremdproduzierten Bildern, Texten, Filmen und Erinnerungen, gerade gegen die Logik des permanenten Updates (oder besser: *trotz alledem*). Das Offenhalten einer affektiven Spur der Leiderfahrung ist zugleich die Forderung nach Gleichheit in einer Welt, die Vulnerabilität ungleich verteilt, in einer Ordnung der Sichtbarkeit, die Hierarchien festschreibt und verdeckt – denn »wie schön auch immer die Welt der Dinge, die uns umgibt, sein mag, sie erhält ihren eigentlichen Sinn erst, wenn sie die Bühne für Handelnde und Sprechende bereitstellt, wenn sie durchwebt ist von dem Geflecht menschlicher Angelegenheiten und Bezüge und den Geschichten, die aus ihnen entstehen« (Arendt 2015 [1958]: 258).

**18** | Vgl. Wikipedia: »Art of the Umbrella Movement«, [https://en.wikipedia.org/wiki/Art\\_of\\_the\\_Umbrella\\_Movement](https://en.wikipedia.org/wiki/Art_of_the_Umbrella_Movement) und Duarte 04.11.2014.

**19** | Vgl. Inocencio 17.10.2014.

**20** | In einer ganz anderen Weise kann auch die #BlackLivesMatter-Bewegung als aktive Archivierung und Erinnerungsarbeit gelesen werden: Aufnahmen von Polizeigewalt zirkulieren in sozialen Medien, Menschen teilen Leiderfahrungen unter bestimmten Hashtags (Thimm 2017), es formen sich Proteste auf Straßen, es werden Bücher geschrieben (Khan-Cullors und Bandele 2018).

## 5 ... und alledem ...

»Trotz alledem!«, so schallt bebend und blechern die Stimme Erwin Piscators auf der LP *Vorwärts und nicht vergessen. Musik der Arbeiterbewegung in Dokumentaraufnahmen*. Mit Pathos und im besten Bühnendeutsch der 20er Jahre (schnarrendes Zungenspitzen-R!) rezitierte der Theatermann für die KPD-nahe Schallplattenzentrale ›Arbeiter-Kult‹ 1928 den letzten Text seines Spartakusverbündeten Karl Liebknecht. Vor seiner Schallplattenaufnahme hatte Piscator bereits 1925 in einer Agitprop-Revue unter dem Titel »Trotz alledem« das Schicksal Liebknechts und Rosa Luxemburgs aufgeführt und dabei kurzerhand das dokumentarische Theater erfunden (Piscator 1986: 62–69). Noch am Abend der Publikation des Textes »Trotz alledem!« in der Parteizeitung *Die Rote Fahne* wurden Liebknecht und Luxemburg am 15. Januar 1919 ermordet. Die Formel »Trotz alledem!« hallt vom Schluss der Liebknecht'schen Schrift als Durchhalteformel des Widerstands in Folge der erlittenen Niederschlagung des Spartakusaufstandes nach und wurde in der DDR spätestens seit der gleichnamigen DEFA-Filmbiografie Günter Reischs aus dem Jahre 1972 ikonisch mit dem prominenten Marxisten verknüpft. Aber Liebknechts Äußerung ist bereits das Echo vieler Jahrzehnte sozialistischen Aufbegehrens. Sie entstammt einem politischen Lied Ferdinand Freiligraths, der erstmals 1843 das schottische Arbeiterlied »For a' that« von Robert Burns übersetzte, seine bis dahin gefällige Hofdichterei beendete und prompt in der Zensur hängen blieb, da das Gedicht der »gegen die bestehende, soziale und politische Ordnung der Dinge ankämpfenden Tendenzen«<sup>21</sup> das Wort rede. Der englische Text von Burns wurde 1795 verfasst und bezieht sich auf Thomas Paines revolutionäre Schrift »The Rights of Man«. Mit dialektalem Spracheinschlag besingt Burns den Arbeiter, der sich trotz Armut seiner Redlichkeit rühmen kann, anders als die Herren, die sich seiner Arbeit bedienen. Schon in Schottland eine wichtige Weise der sozialistischen Bewegung, wird auch Freiligraths Dichtung ein bekanntes Lied, jedoch vor allem in der variierten Fassung von 1848 (erschieden in der von Karl Marx herausgegebenen *Neuen Rheinischen Zeitung*), die auf das Scheitern der Märzrevolution reagiert (Freiligrath 1848). Der unregelmäßig in die Strophen eingewebte formelhafte Refrain »trotz alledem und alledem« lässt das Lied zwischen der Hoffnung auf eine bessere Zeit und der Anerkennung einer erlittenen Niederlage changieren: Denn trotz der Kämpfe der Bewegung steht »die Bourgeoisie am Thron – / Der annoch steht, trotz alledem« – aber am Ende beschwört er: »Unser die Welt trotz alledem!« (ebd.: 1). Die Ambivalenz dieses Refrains – und wir erinnern uns, dass das französische *refraindre* nicht nur für die Wiederholung im Gesang steht, sondern auf das lateinische *refringere* für »zerbrechen,

**21** | So verlautet das königliche Ober-Censurgericht in »Erkenntniß des königlichen Ober-Censur-gerichtes in Sachen der ›Kölnischen Zeitung‹«, Berlin, den 13. Februar 1844, zitiert nach Houben 1924: 185. Freiligrath veröffentlichte den Text daher nicht wie geplant in der *Kölnischen Zeitung*, sondern erstmals in Freiligrath 1844: 97–99.

zerreißen« verweist – machte es auch über die Stilisierung des Liebknecht-Erbes in der DDR hinaus für politische Liedermacher des 20. Jahrhunderts attraktiv. In immer neuen Varianten erhielt die Formel anhaltende Popularität. Wolf Biermann, die Gruppe ›Karls Enkel‹, Walter Mossmann, Hannes Wader sangen ihre Versionen, bevor das Lied zu belangloseren Anlässen aufgewärmt und zersungen wurde (van Stekelenburg 1993).<sup>22</sup>

Was bleibt, ist das »trotz alledem und alledem!«, eine über Jahrhunderte wiederholte Präpositionalfügung, in der das »trotz« für den Bruch mit »alledem«, was ist, steht und seine Iterabilität selbst im »und alledem« reflektiert. Diese Formel bleibt als Aufforderung, in der ausweglos scheinenden Situation an ein »es hat gegeben« zu erinnern. So führt uns diese Spurensuche an die Grenze zwischen Kunst und Politik, zwischen Hoffnung und Resignation, zwischen Protest und dokumentarischem Theater, zwischen Erinnerung und Propaganda. Und in dieser Suchbewegung wird die unendliche Frage danach, wie die Forderung der Gleichheit heute reinszeniert werden kann, gestellt worden sein, die Frage, die darum weiß, dass die Demokratie im Kommen bleibt ... trotz alledem und alledem ...

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1990 [1964]). »Meinungsforschung und Öffentlichkeit«. In: *Soziologische Schriften I. Gesammelte Schriften*. Hrsg. von Rolf Tiedemann. Bd. 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 532–537.
- Arendt, Hannah (2015 [1958]). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München und Berlin: Piper.
- Bachmann-Medick, Doris (2010). *Cultural turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*. Neu bearbeitete 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Beuerbach, Jan (2018). »Kollektive ohne Masse. Das Verhältnis von User\*innen-Datenbanken und Individuum«. In: *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaft* 4 (1), S. 101–127.
- Bratton, Benjamin H. (2015). *The Stack. On Software and Sovereignty*. Cambridge, Mass. und London: The MIT Press.
- Butler, Judith (2015). *Notes Toward a Performative Theory of Assembly*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Büttner, Wolfgang (2002). »Trotz alledem«. In: *Schlagwörter und Schlachtrufe*. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Bd. 2. Leipzig: Militzke, S. 339–343.

---

**22** | Dieses Kapitel speist sich zudem aus den Beiträgen von Büttner 2002, Robb und John 2011 und Schrader 2000.

- Dahlberg, Lincoln (2007). »The Internet and Discursive Exclusion: From Deliberative to Agonistic Sphere Theory«. In: *Radical Democracy and the Internet. Interrogating Theory and Practice*. Hrsg. von Lincoln Dahlberg und Eugene Sopera. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 128–147.
- Debord, Guy (1996 [1967]). *Die Gesellschaft des Spektakels*. Berlin: Edition Tiamat.
- Derrida, Jacques (1997). *Dem Archiv verschrieben*. Berlin: Brinkmann & Bose.
- (2003). *Eine gewisse unmögliche Möglichkeit, vom Ereignis zu sprechen*. Berlin: Merve.
- (2004). *Marx' Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques und Roudinesco, Elisabeth (2006). *Woraus wird morgen gemacht sein. Ein Dialog*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Derrida, Jacques und Stiegler, Bernard (2006). *Echographien. Fernsehgespräche*. Wien: Passagen.
- Drücke, Ricarda (2013). *Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit*. Bielefeld: transcript.
- Duarte, Steffi (04.11.2014). *Updates from the Umbrella Movement*. URL: <https://www.vam.ac.uk/blog/disobedient-objects/updates-from-the-umbrella-movement>.
- Esposito, Elena (2000). »Rhetorik, das Netz und die Entleerung der Subjektivität«. In: *Subjektivität und Öffentlichkeit. Kulturwissenschaftliche Grundlagenprobleme virtueller Welten*. Hrsg. von Mike Sandbothe und Winfried Marotzki. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 171–190.
- Fraser, Nancy (2007). »Transnationalizing the Public Sphere. On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World«. In: *Theory Culture Society* 24 (4), S. 7–30.
- Freiligrath, Ferdinand (1844). *Ein Glaubensbekenntniß: Zeitgedichte*. Mainz: Victor von Zabern.
- (1848). »Trotz alledem! (Variirt.)«. In: *Neue Rheinische Zeitung* 6. Juni 1848, S. 1. URL: [http://www.deutschestextarchiv.de/book/show/nn\\_nrhzoo6\\_1848](http://www.deutschestextarchiv.de/book/show/nn_nrhzoo6_1848).
- Godehardt, Nadine (2017). »Hongkongs Regenschirmbewegung: Protest als Forderung nach politischer Partizipation«. In: *Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik*. Hrsg. von Nadine Godehardt. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Studie S 17, S. 49–64.
- Habermas, Jürgen (1990 [1961]). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Mit einem Vorwort zur Neuauflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (1995). »Wahrheitstheorien«. In: *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 127–186.
- (2008). »Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie«. In: *Ach, Europa. Kleine politische Schriften XI*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 138–191.

- Haraway, Donna J. (2013 [1985]). »A Cyborg Manifesto: Science, Technology, and Socialist-Feminism in the Late Twentieth Century«. In: *Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature*. Hoboken: Taylor & Francis, S. 149–181.
- Houben, Heinrich Hubert (1924). *Verbotene Literatur von der klassischen Zeit bis zur Gegenwart. Ein kritisch-historisches Lexikon über verbotene Bücher, Zeitschriften und Theaterstücke, Schriftsteller und Verleger*. Berlin: Ernst Rowohlt Verlag.
- Inocencio, Ramy (17.10.2014). *When Hong Kong Protests Are Over, Where Will the Art Go?* URL: <https://blogs.wsj.com/chinarealtime/2014/10/17/when-hong-kong-protests-are-over-where-will-the-art-go>.
- Kant, Immanuel (1784). »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?« In: *Akademie-Ausgabe*. Bd. 8, S. 33–42.
- Khan-Cullors, Patrisse und Bandele, Asha (2018). *#BlackLivesMatter. Eine Geschichte vom Überleben*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Lefebvre, Henri (2000). *La production de l'espace*. Paris: Édition Anthropos.
- Lobo, Sascha (12.01.2014). »Abschied von der Utopie. Die digitale Kränkung des Menschen«. In: *Frankfurt Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 37.
- Nancy, Jean-Luc (2004 [1996]). *Singulär plural sein*. Durchgesehene Neuauflage. Zürich und Berlin: diaphanes.
- Negt, Oskar und Kluge, Alexander (1972). *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Piscator, Erwin (1986). »Das politische Theater«. In: *Zeittheater. ›Das politische Theater‹ und weitere Schriften von 1915–1966*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 13–241.
- Rancière, Jacques (1994 [1990]). »Die Gemeinschaft der Gleichen«. In: *Gemeinschaften. Positionen zu einer Philosophie des Politischen*. Hrsg. von Joseph Vogl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 101–132.
- (2002 [1995]). *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rebentisch, Juliane (2012). »Erscheinen: Bruchstücke einer politischen Phänomenologie«. In: *Demonstrationen. Vom Werden normativer Ordnungen*. Hrsg. von Frankfurter Kunstverein und das Exzellenzcluster »Die Herausbildung normativer Ordnungen« der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Nürnberg: Verlag für Moderne Kunst, S. 364–373.
- Rheingold, Howard (1994). *Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers*. Bonn: Addison-Wesley.
- Robb, David und John, Eckhard (2011). »'A Man's a Man for a' that' and 'Trotz Alledem': Robert Burns, Ferdinand Freiligrath, and Their Reception in the German Folksong Movement«. In: *The Modern Language Review* 106 (1), S. 17–46.
- Scheuerman, William E. (2016). »Digital disobedience and the law«. In: *New Political Science* 38 (3), S. 299–314.
- Schrader, Hans-Jürgen (2000). »Wir sind das Volk«. Ein Freiligrath-Vers als Exempel für subversive Wirkungspotenzen von Poesie«. In: *Produktivität des Ge-*

- gensätzlichen. Studien zur Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts.* Hrsg. von Julia Bertschik. Festschrift für Horst Denkler. Tübingen: Niemeyer, S. 69–92.
- Schumacher, Eckhard (2002). »Performativität und Performance«. In: *Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften.* Hrsg. von Uwe Wirth. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 383–402.
- Thiel, Torsten (2014). »Internet und Souveränität«. In: *Der Begriff der Souveränität in der transnationalen Konstellation.* Hrsg. von Christian Volk und Friederike Kuntz. Baden-Baden: Nomos, S. 215–239.
- Thimm, Johannes (2017). »#BlackLivesMatter: Eine neue Qualität gesellschaftlichen Protests in den USA«. In: *Urbane Räume. Proteste. Weltpolitik.* Hrsg. von Nadine Godehardt. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Studie S 17, S. 15–29.
- Van Stekelenburg, Dick (1993). »Trotz alledem!« – Die Revolution zersungen. Von der Epigonalität politischer Aktualität«. In: *Literatur und politische Aktualität.* Hrsg. von Elrud Ibsch, Ferdinand van Ingen und Anthony Visser. Amsterdamer Beiträge zur neueren Germanistik. Amsterdam: Rodopi, S. 377–407.
- Wimmer, Jeffrey (2014). »Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeit und Medienpartizipation im Zeitalter des Internets«. In: *Transnationalität und Öffentlichkeit. Interdisziplinäre Perspektiven.* Hrsg. von Caroline Schmitt und Asta Vonderau. Bielefeld: transcript, S. 285–308.